



for a living planet®

Emissionshandelserlöse und Klimaschutz

WWF-Forderungen zur Bundestagswahl 2009

Klimagelder für Klimaschutz:

Für eine Verwendung aller Emissionshandelserlöse für nationalen und internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz

Vorschlag für eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung:

Die Bundesregierung wird ab dem 1. Januar 2010 sämtliche im Rahmen des europäischen Emissionshandels (ETS) erzielten Einnahmen aus der Auktionierung von Emissionszertifikaten für Maßnahmen des Klima- und Biodiversitätsschutzes einsetzen. Das ist bislang noch nicht der Fall. 50 Prozent dieser Mittel werden für Maßnahmen zur Förderung unserer nationalen CO₂-Reduktionsziele eingesetzt. Die anderen 50 Prozent werden im Rahmen internationaler Vereinbarungen in Entwicklungsländern und Schwellenländern für den Anschub und die Umsetzung von Wald- und Biodiversitätsschutz, den Transfer von klimafreundlichen Zukunftstechnologien und die Anpassung an den Klimawandel eingesetzt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Funktionsfähigkeit und Umsetzung eines für Dezember 2009 erwarteten UN-Abkommens zur Beendigung der weltweiten Entwaldung (REDD).

Worum geht es?

Seit Januar 2008 erlässt die Bundesregierung Einnahmen aus dem Verkauf von Teilen der ausgegebenen Emissionsrechte. Der Emissionshandel funktioniert so: Stromversorger und energieintensive Unternehmen erhalten von der EU ein „Schadstoff-Budget“ in Form von CO₂-Zertifikaten mit einem Limit. Das besagt, wie viel klimaschädliches Kohlendioxid sie ausstoßen dürfen. Um diese Obergrenze (engl.: Cap) einzuhalten, können die beteiligten Unternehmen in ihren Anlagen Maßnahmen zur CO₂-Verringerung ergreifen. Stoßen sie jedoch CO₂ über der erlaubten Grenze aus, müssen sie Emissionsrechte auf dem Markt hinzukaufen.

Umgekehrt können sie, wenn sie unter der gesetzlich gezogenen Grenze liegen, ihre eigenen Zertifikate verkaufen. In Deutschland bezieht sich der Emissionshandel derzeit auf 1.625 Industrieanlagen. Laut Umweltbundesamt deckt der Emissionshandelssektor derzeit knapp 57 Prozent der Kohlendioxidemissionen in Deutschland ab. Im Jahr 2008 hat die Bundesregierung Zertifikate im Wert von knapp einer Milliarde Euro veräußert. Ab 2013 ist durch Ausweitung des Emissionshandels auf weitere Sektoren und Unternehmen eine deutliche Steigerung der Einnahmen zu erwarten.

Zurzeit fließen etwa 60 Prozent der so erzielten Einnahmen ohne Zweckbindung in die Kassen des Bundesfinanzministeriums, die anderen 40 Prozent werden im Wesentlichen für internationale Projekte des Wald- und Biodiversitätsschutzes ausgegeben. Mit Letzterem löst die Bundesregierung das von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der letzten UN-Biodiversitätskonferenz im Mai 2008 in Bonn gegebene Versprechen ein, bis zum Jahr 2012 insgesamt 500 Millionen Euro für den internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz bereitzustellen.

Hierzu gibt es zwei Kritikpunkte: Zum einen ist die Vergabe für die 40 Prozent bisher in keiner Weise an Messbarkeits-, Berichts- und Verifizierbarkeitsauflagen gebunden, welche die Klimaschutzwirkung der Maßnahmen belegen. Das zwar ist in engen Grenzen akzeptabel, wenn die positiven Nebeneffekte für Natur und Menschen dafür sprechen, Projekte anzustoßen, deren Klimaschutz-



messbarkeit nur mit *zu* hohem Aufwand zu realisieren ist. Die überwältigende Mehrheit der Summen muss aber an strenge, messbare Emissionsreduzierungsanforderungen gebunden werden.

Zum anderen landet der größere Teil der erzielten Summe als allgemeine Einnahme im Topf des Finanzministers und ist so in aller Regel für den konkreten Klimaschutz verloren. Hieraus ergibt sich eine Glaubwürdigkeitslücke, die nicht nur die Kritik von Umweltorganisationen herausfordert, sondern auch Beschwerden einiger Vertreter der vom Emissionshandel betroffenen Wirtschaft Nahrung gibt: Sie stellen den Klimaschutz als Grund für den Emissionshandel in Frage und verdächtigen die Bundesregierung der profanen Erschließung neuer Einnahmequellen für den verschuldeten Bundeshaushalt.

Dabei besteht sowohl im nationalen wie im internationalen Klimaschutz höchste Dringlichkeitsstufe für eine zusätzliche Bereitstellung finanzieller Mittel, die ermöglichen, dass die Menschheit noch den Kopf aus der Schlinge ziehen kann. Hier bei uns müssen Innovationen für den schnellen Übergang in eine leistungsfähige, aber kohlenstoffarme Wirtschaft angestoßen werden. International muss sich Deutschland als eine der größten Ökonomien der Welt maßgeblich daran beteiligen, Entwicklungs- und Schwellenländer in die Lage zu versetzen, Wohlstand ohne verhängnisvoll hohe Treibhausgasemissionen zu erlangen und sich vor den bereits heute sichtbaren Folgen der Klimaerwärmung zu schützen. In allernächster Zeit muss hier zum Beispiel die Vermittlung von Knowhow, der Transfer intelligenter Technik und das Setzen zielgenauer finanzieller Anreize gelingen, um eine der dringendsten Klima-Aufgaben der tropischen Länder zu lösen: das Stoppen der Waldvernichtung, die fast ein Fünftel der weltweiten Treibhausgasemissionen verursacht.

Forderungen des WWF Deutschland

Wir fordern daher von der nächsten Bundesregierung:

- Klimagelder für Klimaschutz: 100 Prozent der Einnahmen aus dem Emissionshandel müssen ab Januar 2010 in konkreten Klimaschutz investiert werden.
- Ansubfinanzierung für eine kohlenstoffarme Zukunft in Deutschland: 50 Prozent dieser Einnahmen sollen national zur Förderung von Innovationen investiert werden, die den schnellstmöglichen Umstieg in eine kohlenstoffarme Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland ermöglichen. Das schließt zum Beispiel die finanzielle Förderung neuer Kohlekraftwerke ohne technisch und ökonomisch funktionierende Kohlendioxidabscheidung und -lagerung aus.
- Partnerschaft für Klimaschutz in Entwicklungsländern: Die andere Hälfte der Einnahmen soll die Bundesregierung im Rahmen der UN-Klimavereinbarungen, die im Dezember 2009 auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen zum Beschluss anstehen, international für Technologietransfer, Reduzierung der Emissionen aus Waldvernichtung (REDD) und für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel bereitstellen.

Frankfurt/Berlin, 30. April 2009